



Die Pauluskirche in Bern wirbt im Oktober 2020 für ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative. Haben die Landeskirchen ein politisches Mandat – und falls ja, was für eines?

PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

## Die Kirchen und ihr Hang zu politischen Kampagnen

*Die Kirchen dürfen und sollen politisch Widerstand gegen die Staatsgewalt leisten, wenn diese in die Glaubenssphäre eingreift. Sie sollten aber nicht die Mittel der Politik als Instrument zur Durchsetzung ihrer eigenen, glaubensbasierten Anliegen missbrauchen. Gastkommentar von Robert Nef*

Bei der Konzernverantwortungsinitiative stellte sich wieder einmal die Frage nach dem politischen Mandat der Landeskirchen, und sie hat nach dem knappen Ausgang zugunsten der Gegner auch zu einer Klage beim Bundesgericht geführt. Dieses hat nun entschieden, die heikle und vielschichtige Grundfrage offenzulassen, weil sich ja der Standpunkt der Kläger trotz dem propagandistischen Engagement der Kirchen auf der anderen Seite durchgesetzt habe.

Es kann nicht darum gehen, von den Kirchen eine vollständige politische Abstinenz zu verlangen. Wenn sich der Staat zu viel Macht anmassiert und sich auch in Glaubensangelegenheiten einmischte, müssen nicht nur einzelne Christen, sondern auch kirchliche Gemeinschaften Widerstand leisten, auch politisch. Wenn sich die Kirchen um Politik im Sinne eines Widerstands gegen allgemeinverbindlichen Zwang im Bereich ihres Bekenntnisses kümmern, ist dies in ihrem ureigensten Interesse. Diese Art von «Politik» als Handhabung des Widerstandsrechts gegen eine Staatsgewalt, die sich in die Bereiche des Glaubens einmischte, ist nicht nur legitim, sondern geboten.

Anders sieht es aus, wenn die Kirchen ihre eigenen Anliegen mithilfe des Staatszwangs durchsetzen wollen, weil die eigene Überzeugungskraft offenbar nicht ausreicht. Dies ist eine fatale Grenzüberschreitung. Daraus folgt: Politik als Widerstand der Kirchen gegen die Staatsgewalt, die in die Glaubenssphäre eingreift: Ja. Politik als Instrument der zwangsweisen kollektiven Durchsetzung ihrer glaubensbasierten Anliegen: Nein.

Kirchen dürfen ihrem Wesen nach weder im Krieg Waffen segnen noch im politischen Kampf Plakate segnen und aufhängen. Ihr aktives Engagement an der politischen Front ist nicht in erster Linie eine staatspolitische oder staatsrechtliche Frage, sondern eine innerkirchliche Frage nach der eigenen Zuständigkeit. Sie sind eine Gemeinschaft von Überzeugten, Hoffenden und Liebenden mit sehr vielfältigen Zugängen und Auslegungen des Evangeliums, deren zwangsweise Allgemeinverbindlicherklärung ausserordentlich heikel ist. Die Gemeinsamkeit der «bekenntnenden Kirche» im Zweiten Weltkrieg war kein eigenes politisches Programm, sondern die Ablehnung des Staatszwangs in kirchlichen Belangen und die Distanzierung von der Verletzung elementarer Menschenrechte. Aus katholischer Sicht wird seit je nicht die «gute Politik», sondern «das Heil der Seelen» ins Zentrum gerückt. Die Kirche respektiert die Freiheit der Gläubigen, nach ihrem persönlichen Gewissen abzustimmen und zu wählen. Es gibt aber aus ihrer Sicht Grenzen der Beliebigkeit, und von kirchlicher Seite wurden der Marxismus, der italienische Faschismus und die Rassen- und Staatslehre des Nationalsozialismus offiziell verurteilt.

Es gibt keinen Zwang zum Glauben, und wer den staatlichen Zwang zur Verwirklichung dessen, was er glaubt, einsetzen will, begeht eine heikle Grenzüberschreitung. Kirchen müssen sich wehren, wenn sie selbst als Teil des staatlichen Zwangsapparats missbraucht oder fremdbestimmt werden, und jene Märtyrer, die sich diesem Zwang verweigert haben, verdienen unsere höchste Achtung.

Heute herrscht vielerorts die Meinung vor, das Evangelium fordere ein Bekenntnis zu einem Sozialismus, der sich für die Gleichheit einsetze.

Die allzu bereitwillige Kooperation mit totalitären Regimen aller Art ist kein Ruhmesblatt für die Kirchen. Die Trennung von Kirche und Staat hätte eigentlich ein zentrales Anliegen der Kirchen sein müssen, selbst unter Umständen, unter denen sie von der Staatsnähe profitiert haben. Auch das Pochen auf ein Mehrheitsprinzip, in dem die «Stimme des Volkes» zur «Stimme Gottes» erhoben wird, widerspricht dem Christentum, das sich in den ersten Jahrhunderten seiner Existenz als Minderheit zu behaupten hatte und auch heutzutage gut beraten ist, wenn es sich nicht auf parteipolitische Mehrheiten verlässt und darum buhlt.

Heute herrscht vielerorts die Meinung vor, das Evangelium fordere ein Bekenntnis zu einem Sozialismus, der sich für die Gleichheit und für eine Entmachtung der Mächtigen sowie für die Entreichung der Reichen einsetze und auch politisch aktiv dafür kämpfe. Zuerst Gerechtigkeit für alle und erst dann Friede auf Erden.

Freiheitsfreunde sehen das anders. Auch sie berufen sich auf eine moralische Überzeugung. Markt und friedlicher Austausch beruhen nicht, wie oft vorgeworfen, auf dem Gedanken der egoistischen Vorteilswahrung zulasten Dritter. Dieses Prinzip ist auf Sand gebaut und weder moralisch noch wirtschaftlich zu rechtfertigen. Auch im Bereich der Wirtschaft gilt Nächstenliebe nach dem für alle durchaus zumutbaren Massstab der Selbstliebe. Zur Gottesliebe äussern sie sich nicht, sie lassen diesen Bereich als Glaubensfrage, über die Glaubende selbst zu entscheiden haben, einfach offen. Es wäre zu begrüssen, wenn alle Kirchen vor ihrem politischen Engagement Folgendes beachten würden: Es geht in Glaubensfragen nicht um einen politischen Kampf mit dem Schwert um die angeblich «gerechte Lösung», sondern um den friedlichen Meinungsaustausch unter Menschen, die guten Willens sind, aber untereinander oft unterschiedliche Meinungen haben.

Robert Nef ist Publizist. Er war Mitgründer des Liberalen Instituts und ist heute Mitglied des Stiftungsrates.

Während der Corona-Pandemie haben die Industrieländer zu Recht ihre Volkswirtschaften mit massiven Hilfsprogrammen gestützt, um Unternehmen und Jobs zu erhalten und eine rasche wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie zu ermöglichen. Das hat die Staatsausgaben und Staatsgarantien, die Haushaltsdefizite und die Staatsschulden massiv in die Höhe getrieben.

Mit der Rückkehr zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Normalität in Sichtweite stellt sich die Frage, wie es weitergehen soll. Vor dieser Frage stand die internationale Finanzpolitik auch nach der globalen Finanzkrise 2009. Die expansive Geldpolitik der Notenbanken hatte den Regierungen sogar günstige Voraussetzungen für eine realistische Konsolidierung der Staatsfinanzen geschaffen. Doch der Spielraum wurde nicht genutzt – im Gegenteil.

Am Vorabend der Corona-Krise erreichten die Staatsschulden vielerorts neue Höchststände. Im internationalen Diskurs will so mancher jetzt wieder dem Staat eine Schlüsselrolle zuschreiben: Stützmassnahmen für die Nachfrage seien weiterhin nötig, bis die Wirtschaft wieder fest auf Erholungskurs ist, um einen dauerhaften Verlust an Humankapital und Wachstumspotenzial zu verhindern. Die Gesundheits- und Infrastrukturausgaben müssten erhöht werden, um Wachstum und Resilienz zu steigern und so auch die Schuldentragfähigkeit zu verbessern. Im Moment gelte es deshalb, «auf Sicht» zu fahren und bei Nullzinsen besser zu viel als zu wenig Geld auszugeben. Regeln könnten später wieder gelten.

Aber ist diese Diagnose richtig? Wir gehen davon auf, dass es nach Corona zu einer raschen konjunkturellen Belebung durch private Nachfrage und Konsum kommen wird. In der Krise ist die Sparquote der Haushalte überall massiv angestiegen, und es wäre merkwürdig, wenn danach nicht zumindest ein Teil des gesparten Geldes wieder für die schönen Dinge ausgegeben wird, die man

## Finanzpolitik nach Corona – viel Staat hilft nicht viel

*Nach der Corona-Krise wird ein Staat gefragt sein, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Eine Rückbesinnung auf die Tugenden der sozialen Marktwirtschaft. Gastkommentar von Christoph A. Schaltegger und Ludger Schuknecht*

lange Zeit entbehren musste. Ein weiterer fiskalischer Stimulus wird dann eher die Inflation als das Wachstum erhöhen und deshalb voraussichtlich bald nicht mehr nötig sein.

Wie viele Ökonomen gehen wir ebenfalls davon aus, dass das wirtschaftliche Wachstum nach dem Post-Corona-Boom aber schwächeln wird. Dass zusätzliche staatliche Ausgaben und mehr Interventionismus daran etwas ändern können, sehen wir nicht. Im Gegenteil. Schwaches Wachstum kann langfristig nur über private Investitionen und Innovationen wiederbelebt werden, und dafür braucht es gute Rahmenbedingungen für Investoren.

Es wird kaum beachtet, dass grosse Teile Europas bei der Qualität des Ordnungsrahmens vor allem gegenüber Asien zunehmend ins Hintertreffen geraten. Die Infrastrukturschwächen vieler Industrieländer würden meist nicht zusätzliches öffentliches Geld, sondern die Reform schwerfälliger Planungs- und Entscheidungsprozesse erfordern, so eine neue IMF-Studie. Mehr Geld hilft auch nicht unbedingt in Bildung und Gesundheit – es gibt enorm viel Spielraum für «better spending», für mehr Effizienz beim Staat. Kurz: Die Qualität der staatlichen Ausgaben sollten vermehrt in den Fokus gerückt werden.

Es braucht nicht viel Mut, zu prognostizieren, dass die Rekordschulden und Rekordstaatsquoten vor allem der grossen westlichen Volkswirtschaften früher oder später ein Problem werden. Schulden von weit über 100 Prozent des BIP in sechs der G-7-Länder sind bei niedrigem Wachstum nur so lange tragfähig, wie die Zinsen extrem niedrig bleiben. Staatsausgabenquoten von über 50 oder 60 Prozent des BIP sind nicht dauerhaft finanzierbar und zeugen von hoher Ineffizienz und Bürokratie. Besonders die Dynamik der Sozialausgaben ist besorgniserregend.

Was ist also zu tun? Vor allem Länder mit hohen Schulden und hohen Staatsquoten werden um ambitionierte Reformen der Staatsausgaben nicht herumkommen, wenn sie auch noch die Herausforderungen der Zukunft meistern wollen: die Alterung der Bevölkerung, den Klimawandel, die Finanzstabilität und die geopolitischen Veränderungen. Die Staatsquote muss nicht sonderlich gross sein, um gute Leistungen für die Bürger bereitzustellen. Die Schweiz, Australien oder Irland schaffen das mit Staatsquoten um oder nicht viel über 30 Prozent des BIP. In Asien haben Singapur und Korea noch kleinere Staatsquoten und sind sehr erfolgreich.

Unser Fazit ist, dass nicht mehr Staat unsere Herausforderungen lösen wird, sondern ein Staat, der sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentriert, der nachhaltig finanziert ist und der mit regelbasierter Politik das Vertrauen der Bürger und die innovativen Kräfte des Marktes fördert. Das ist die Rolle der sozialen Marktwirtschaft.

Christoph Schaltegger ist Professor für politische Ökonomie an der Universität Luzern; Ludger Schuknecht ist ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der OECD und war zuvor Leiter der Grundsatzabteilung und G-20 Deputy im deutschen Bundesministerium der Finanzen. Er ist jetzt Visiting Professor an der Lee Kuan Yew School for Public Policy in Singapur.